

SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI



# BERICHT

AN DEN

## INTERNATIONALEN KONGRESS

IN

## WIEN

ÜBER ZUSTAND UND WACHSTUM DER HOLLÄNDISCHEN  
SOZIALDEMOKRATIE WÄHREND DER JAHRE

### 1910—1914

**BERICHT**

DER

**Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Holland.****EINLEITUNG.**

In den vier seit dem internationalen Kongress zu Kopenhagen verflossenen Jahren hat die sozialistische Arbeiterbewegung in Holland auf jedem Gebiet eine Periode ungekannten Gedeihens, kräftigen Aufblühens, zunehmender Kampfbereitschaft und Machtentfaltung durchlebt. Was während dieser Jahre in Holland die politische und die Gewerkschaftsbewegung erreicht haben, kann eine vergleichende Zusammensetzung ihrer Endziffern mit denen anderer Länder nicht wohl versinnlichen. Es soll berücksichtigt werden, dass die Sozialdemokratie unsres Landes erst 1894 — nachdem der erste Anfang sich in den Anarchismus verlaufen hatte — die wenigen Hunderte, die ihr treu geblieben, organisierte, und ihre Propaganda anfang unter einem Proletariat, das, durch Trunksucht und generationenlange Ausbeutung verkommen wie vielleicht sonst nirgends in Europa, voll dumpfer Gleichgültigkeit sich sein Elend gefallen liess; das, zum weitaus grössten Teil, unterwürfig und gelassen dem Klerus gehorchte, und, soweit es sich zum Widerstand noch aufreizen liess, in betörter anarchistischer Agitation sich ausraste, woraus die Mehrzahl alsbald enttäuscht wieder zurücksank in die frühere Lässigkeit.

Ungeachtet der Selbstlosigkeit womit alle sich der Bewegung widmeten, ging die Zahl der Genossen träge, schmachvoll träge, empor, und mehrte sich nur jährlich um einige Hunderte.

Jahre noch nach der Gründung einer holländischen Partei, konnte der Anarchismus im weitaus grössten Teile der Gewerkschaften seine niederreissende Arbeit fortsetzen; hetzte er die Mitglieder auf gegen die „Politiker“; und trieb unter Verkennung und Vernachlässigung der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, diese in allerhand Betätigungen, die ihrem Zweck durchaus fremd waren. Erst 1900 gelang es mit gewaltigen finanziellen Opfern die erste

Nummer einer sozialistischen Tageszeitung erscheinen zu lassen, die noch manche Jahre nur wenige Tausende von Lesern zählen sollte.

Der kläglich verlaufene Massenstreik im Jahre 1903 vernichtete wieder grösstenteils was mit endloser Geduld aufgebaut war; eine Flut kleinbürgerlichen und anarchistischen Hasses schien alles verschlingen zu wollen. Als 1905 die Lücken sich wieder geschlossen hatten, die neue Gewerkschaftszentrale der anarchistischen gegenüber gegründet werden sollte, und eine neue Perspektive sich der Bewegung darbot, kamen die lähmenden Folgen inneren Streits. Dieser spitzte sich zu zur Krisis, und am Ende traten etwa 500 Personen aus, die sich mit jenen drei Händelsüchtigen einig erklärten, die ausgeschlossen werden mussten, indem sie weigerten sich einem von der Partei fast einstimmig gefassten Beschluss zu fügen. Diese Ausgetretenen gründeten die S. D. P.<sup>1)</sup>

Die Kammerwahlen vom Jahre 1909 zeigten, dass die sozialistischen Arbeiter der Partei treu blieben; die Kandidaten der S. D. P. erhielten nur einige hundert Stimmen. Der S. D. A. P. brachten sie nicht mehr Mandate, die Stimmenzahl jedoch, die ihre Kandidaten auf sich vereinigten, liess eine bedeutende Steigerung sehen.

Voller Hoffnung ging die Partei einer Zukunft entgegen, die ihr innere Ruhe verhies und heisseren Kampf gegen den äusseren Feind dadurch gestatten sollte. Diese Hoffnung wurde zur Wirklichkeit in einer Weise, wie es sich sogar die besten Optimisten nicht hatten träumen lassen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei sah die Mitgliederzahl seit dem Austritt der Tribunisten verdreifacht, die Wahlen des Vorjahres brachten die Zahl ihrer Mandate von 7 auf 15 und lieferten einen überraschenden Stimmenzuwachs.

Aus einer schwachen, von innerem Streit zerrissenen, für die Massen anziehungslosen, von wechselseitigem Misstrauen zerfressenen Partei wuchs die S. D. A. P. in diesen wenigen Jahren empor zu einer politischen Organisation, die mehr Anhänger zählt als irgend eine andere unseres Landes, die mit voller Ausdauer und wachsender Energie einen politischen Feldzug zum befriedigenden Ende geführt hat, die einträchtig über die einschneidendsten Fragen der Taktik oder der Grundsätze sich zu beraten weiss. In wenigen Jahren wurde die Partei aus einer Gruppe ohne unmittelbaren politischen Einfluss zu einer Macht, die es vermochte, die

---

<sup>1)</sup> Sozialdemokratische Partei. S. S. 21.

wichtigsten der von ihr geforderten Reformen in die Programme der regierenden bürgerlichen Parteien zu schreiben.

Zwischen der Partei und dem niederländischen Gewerkschaftsverband, unsrer Gewerkschaftszentrale, herrschen durchweg die besten Beziehungen. Mit vollkommener Wahrung der Selbständigkeit auf eigem Gebiet wirken beide vereinigt in freundschaftlichster Weise in allen jenen politischen oder ökonomischen Angelegenheiten, welche das allgemeine Interesse der Arbeiterklasse betreffen.

Im Jahre 1910 hatte das N. V. V.<sup>1)</sup> (der niederländische Gewerkschaftsverband) die vier schwersten Beginnjahre hinter sich; seitdem hat sich die Zahl der Angeschlossenen mehr als verdoppelt, und ist eine Zentrale entstanden, die nicht nur in Grösse, sondern zumal was Organisation und Kampffähigkeit angeht, alles was jemals in der „alten Bewegung“ unter syndikalistischer Führung erreicht wurde, bei weitem übertrifft. Die Organisationsweise und Kampf-methode, wie sie die Führer bei der Gründung angegeben hatten, sind jetzt durchgeführt in der ganzen holländischen Gewerkschaftsbewegung, soweit sie nicht unter kirchlichen Einflüssen steht, wie ausser in den geistig und ökonomisch rückständigen Gegenden nur in geringem Masse der Fall ist. Der Anarchismus ist in allen grösseren Gewerkschaften glattweg überwunden; neben den wenigen, an innerer Kraft wie in äusserem Umfang unbedeutenden Vereinen, die noch unter anarchistischen Einflüssen stehen, wachsen die, jenen gegenüber gegründeten, nach den Grundsätzen des Verbands geleiteten Gewerkschaften mit überraschender Schnelligkeit.

Erst in diesen letzten Jahren darf von der grossen Mehrzahl der Gewerkschaften behauptet werden, dass sie bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder sich geltend machen können. Mehr als je können sie bei ihrer Tätigkeit auf eigene Kraft vertrauen; daneben zeitigte die wiederholte energische Betätigung wechselseitiger Solidarität, die vereinte Arbeit, ein Gefühl der Einigkeit und Zusammengehörigkeit.

## DIE POLITISCHE BEWEGUNG.

Der politische Kampf stand während dieser vier Jahre im Zeichen des Allgemeinen Wahlrechts.

Nachdem aus dem Verhalten der kirchlichen Regierung, die seit den Wahlen 1909 in beiden Kammern über eine unerschütterliche reaktionäre Mehrheit verfügte, deutlich

<sup>1)</sup> S. S. 22.

wurde, dass von einem tatsächlichen Versuch die Wahlrechtsfrage in demokratischem Sinne zu lösen, unter ihrer Herrschaft nicht die Rede sein konnte, beschloss der Parteikongress 1910 auf die kommenden Jahre alle Kräfte im Kampf für das allgemeine Wahlrecht zu konzentrieren. Gemeinsam mit dem niederl. Gewerkschaftsv. wurde eine Volkspetition eingerichtet um durch kräftige Agitation die Arbeiter mobil zu machen zum Wahlrechtskampf und den bürgerlichen Parteien durch Zehntausende von Unterzeichnungen klar zu machen, dass die holländischen Arbeiter es ernst nahmen mit ihrer Forderung, als politisch vollwertige Bürger anerkannt zu werden.

Die Führung lag in den Händen eines nationalen Ausschusses, worin einige leitenden Persönlichkeiten aus der Gewerkschaftsbewegung aufgenommen waren; in den einzelnen Örtlichkeiten wurde von unsern Vereinen im Bunde mit den Gewerkschaftsbünden die Agitation angeleitet.

In mehreren zehn provinzialen Meetings, in hunderten Versammlungen, die der Ausschuss sogar in den kleinsten Ortschaften, im unwegsamsten Winkel anberaumte, vertraten unsre Propagandisten die Wahlrechtsforderung und unsre Grundsätze. Einige Broschüren verliessen in mehreren Zehntausend starken Auflagen unsre Druckereien; zu Hunderttausenden wurden Flugblätter und Flugschriften verbreitet, und bei allem fanden unsre Genossen noch die Gelegenheit mündlich zu propagieren beim Besuchen derjenigen Arbeiter, denen die Petition zur Unterzeichnung angeboten wurde. Der unmittelbare Erfolg dieser Tätigkeit war, dass 317.522 volljährige Niederländer, darunter fast das Drittel Frauen, durch Unterzeichnung sich aussprachen für eine Verfassungsreform, die das unbedingte allgemeine direkte einfache Wahlrecht bringen sollte.

Am Tage, wo die Session der Staaten-General im September 1911 von der Königin eröffnet war, wurde die Petition vom Ausschuss, den 20.000 Demonstrierende begleiteten, der Regierung angeboten.

Diese begeisterte Massenkundgebung, die den Tag, welchen das Bürgertum als vorzugsweise den Ihrigen betrachtete, in Wahrheit zum „Roten Dienstag“ umprägte, machte, wie beim Proletariat, so auf das Bürgertum, gewaltigen Eindruck; in glänzender Weise beschloss sie die Vorbereitungen zum Wahlrechtsfeldzug, der seinen Höhepunkt am Tage der Kammerwahlen 1913 erreichen sollte.

Selbstredend tat die Regierung das ihrige, einer Wiederholung dieser Aeusserungen einer ihr feindlichen proletari-

schen Begeisterung vorzubeugen. Eine Strassendemonstration am zweiten roten Dienstag 1912, wurde nicht genehmigt. Vielleicht mehr als die kräftigste Anregung bewirkte dieses Verbot den gewaltigen Erfolg unsrer letzten nationalen Kundgebung in Den Haag vor den Wahlen. Diesmal leisteten 30.000 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Aufruf Folge. Ungeachtet des Polizeiverbots marschierte dieses Heer in zehn Abteilungen dem Binnenhof zu: auch dieser Tag war tatsächlich ein revolutionärer Festtag, ein schärfster Spornstreich die Wahlagitation der kommenden Monate so zu treiben, dass eine dem proletarischen Willen, der dies vermochte, sich fügende, und zur Einführung eines verfassungsmässigen allgemeinen Wahlrechts geneigten Mehrheit, unter Anführung einer kräftigen sozialdemokratischen Vorhut, in den Binnenhof eintreten sollte.

## PROGRAMMREFORM. REORGANISATION.

Inzwischen fand die Partei Gelegenheit auf ihrem Kongress 1912 eine lange vorbereitete Revision ihres Programms zustandezubringen. Das alte 17 Jahre bestehende Programm war auf das Erfurter Programm der deutschen Partei gepfropft, und bedurfte, zumal der Abweichungen und Zuspitzung wegen, dringend der Aenderung. Die Vorbereitungskommission unterbreitete dem Kongress einen Entwurf, wozu sie einstimmig beschlossen hatte. Dieses „Einheitsprogramm“, wozu sich alle Strömungen vereinigen konnten, wurde nach sachlicher, ruhiger Besprechung vom Kongress einstimmig angenommen.

Nach dem starken Wachstum der Partei, besonders 1913, stellte sich der Ausbau der Organisationsform als unumgänglich heraus. Zur Revision der diesbezüglichen Paragraphen des Statuts wurde im Osterkongress 1914 beschlossen.

Natürlich war es auch, dass die gefestigte Einheit der Partei, die sich nicht nur bei der Festsetzung ihrer wissenschaftlichen Grundlage, sondern auch bei den Beratungen über die zu wählende Taktik und Agitationsweise kundgab, zumal sie von herrlicher Begeisterung, schrankenloser Selbstverleugnung und wachsender Kampfeslust getragen wurde, an erster Stelle auch im bedeutenden Anwachs der Mitgliederzahl und ihrer Presse den sichtbaren Ausdruck fand.

Folgende Tabelle möge das Emporblühen der sozialdemokratischen Bewegung in Holland während dieser letzten Jahre des Wahlrechtskampfes versinnlichen.

| Am 1. Januar | Ortsvereine | Mitglieder | Zunahme |
|--------------|-------------|------------|---------|
| 1895         | 26          | 700        | —       |
| 1898         | 51          | 2200       | 1500    |
| 1902         | 90          | 4500       | 2300    |
| 1906         | 152         | 6816       | 2316    |
| 1910         | 205         | 9504       | 2688    |
| 1914         | 389         | 25830      | 16326   |

Diese Zahlen waren 1910 bis 1914:

| Am 1. Januar | Ortsvereine | Mitglieder | Zunahme proz. |
|--------------|-------------|------------|---------------|
| 1910         | 205         | 9504       | —             |
| 1911         | 220         | 9992       | 5.1           |
| 1912         | 253         | 12592      | 25.9          |
| 1913         | 284         | 15667      | 24.4          |
| 1914         | 380         | 25830      | 64.2          |

Die Zahl der weiblichen Mitglieder belief sich 1910 auf 1100; 1911 auf 1500; 1912 auf 2047 und 1913 auf 3011.

### KASSENBERICHT.

Die Ortsvereine sind, was die Mittel zum Führen ihrer Propaganda angeht, fast ausschliesslich auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen. Auf dem Lande betragen diese 3 bis 10 cent, in den Städten 5 bis 20 cent<sup>1)</sup> pro Woche. Sie überweisen einen Teil dieser Beiträge der Parteikasse; je nach ihrer Grösse wird dieser Teil festgesetzt auf 1, 1.5 oder 2 cent pro Mitglied wöchentlich. Aus folgender Uebersicht wird es klar, was die schwache Seite der Partei ist: ihre finanzielle Lage. Stärke Genossenschaften, die bedeutende Summen beisteuern, oder durch Errichtung und Erhaltung von Vereinsgebäuden, durch Bildungsorganisationen und dergleichen wesentlich Hilfe leisten, gibt es in unsrem Lande nicht. Sämtliche Geschäftsüberschüsse des Tageblatts und einiger Wochenzeitungen reichen nur dazu aus, diese auf die erforderliche Höhe zu bringen oder finden im Geschäft Verwendung.

Die gewöhnlichen Einnahmen der Parteikasse betrugen:

| Im Jahre | Im Ganzen | Davon aus Beiträgen<br>der Ortsvereine |
|----------|-----------|----------------------------------------|
| 1910     | f 9027.—  | f 4733.—                               |
| 1911     | „ 9295.—  | „ 5400.—                               |
| 1912     | „ 12268.— | „ 7086.—                               |
| 1913     | „ 13776.— | „ 9424.—                               |

<sup>1)</sup> Bez. etwa 5 bis 16 und 8 bis 32 Pf.

Für die Wahlen 1913 wurde aus freiwilligen Beiträgen der Parteikasse zugeführt f 24194.—, darunter f 3500.— aus Indien und f 3000.— von der deutschen Partei.

## WAHLAGITATION.

### Die Wahlen für die Zweite Kammer.

Bei der Beurteilung der sozialistischen Stimmenzahl muss berücksichtigt werden, dass Holland noch immer sich des Zensuswahlrechtes freut. Unter 1.412.973 männlichen Niederländern im Alter von 25 Jahren oder darüber gab es 1913 960.676 oder 67.99 Prozent die das Wahlrecht für die zweite Kammer besaßen. Hauptsächlich aus Wohlfahrtsgründen war 452.297 Männern, fast einem Drittel der ganzen Zahl, das Wahlrecht vorenthalten.

Bei den fünf Wahlen 1897 bis 1913, woran sich die Partei beteiligte, erhielten ihre Kandidaten die in der dritten Kolumne angeführte Stimmenzahl:

| Wahlen<br>im Jahre | Abgegebene<br>Stimmen | Fielen auf<br>Sozialdem. | Proz. vom<br>Ganzen |
|--------------------|-----------------------|--------------------------|---------------------|
| 1897               | 437.579               | 12.451                   | 2.8                 |
| 1901               | 424.693               | 39.066                   | 9.2                 |
| 1905               | 608.982               | 65.561                   | 10.8                |
| 1909               | 651.410               | 82.855                   | 12.7                |
| 1913               | 796.067               | 144.249                  | 18.1                |

In den Groszstädten und in einigen industriellen kleineren Städten war der Einfluss der Partei am bedeutendsten, wie aus folgenden Anführungen ersichtlich ist:

|                 | Auf die Kandidaten der Partei fielen |         | Prozent vom Ganzen |      |
|-----------------|--------------------------------------|---------|--------------------|------|
|                 | 1909                                 | 1913    | 1909               | 1913 |
| Groszstädte     | 29.823                               | 61.498  | 19.9               | 31.1 |
| Kleinere Städte | 19.002                               | 30.026  | 17.6               | 21.7 |
| Mischorte       | 6.541                                | 9.164   | 13.8               | 15.7 |
| Landgemeinden   | 27.489                               | 43.561  | 7.9                | 10.8 |
| Im Ganzen       | 82.855                               | 144.249 | 12.7               | 18.1 |

Dennoch wäre die Schlussfolgerung falsch, dass die Partei auf das agrarische Proletariat nichts vermöge. In den agrarischen Gegenden, die dort befindlichen städtischen Gemeinden also ausgenommen, der nördlichen Provinzen, erhielten unsre Kandidaten:

in Groningen 24.5 % (1909) und 28.2 % (1913)  
in Friesland 24.7 % (1909) und 28.8 % (1913)



von der Totalsumme der gültigen Stimmen. Von den 14 Wahlkreisen dieser Provinzen eroberte die Partei 7.

Im Vergleich mit den Wahlen 1909, hatte 1913 eine Zunahme um 61.394 Stimmen oder 74 % aufzuweisen. Verhältnismässig ging der Einfluss der beiden grossen bürgerlichen Gruppen neben diesem Anwachs zurück.

Von 1000 abgegebenen Stimmen erhielten die

|                            |      |     |     |      |     |
|----------------------------|------|-----|-----|------|-----|
| Kirchlichen                | 1909 | 555 | und | 1913 | 474 |
| Liberalen und Freisinnigen | 1909 | 303 | „   | 1913 | 297 |
| S. D. A. P.                | 1909 | 127 | „   | 1913 | 181 |
| Sonstige                   | 1909 | 15  | „   | 1913 | 48  |
|                            | 1000 |     |     | 1000 |     |

Die sozialdemokratische Partei, **S. D. P.**<sup>1)</sup>, stellte in 18 Kreisen Kandidaten auf, denen der **S. D. A. P.** gegenüber; 1909 beteiligte sie sich in 4 Kreisen an den Wahlen. In diesen vier Kreisen ging ihre Stimmenzahl zurück von 542 (1909) auf 463 (1913). In den 18 Kreisen wo sie 1913 teilnahm (204.407 Wähler), erhielten ihre Kandidaten 1339 Stimmen. In keinem Kreise wäre die Entscheidung anders gekommen, wenn sie sich nicht beteiligt hätte.

Von den Kandidaten der S. D. A. P. wurde in der Hauptwahl der Vorsitzende der Kammerfraktion Mr. P. J. Troelstra gewählt; in 21 andern Kreisen (10 städtischen und 11 ländlichen, darunter 8 agrarischen Kreisen) standen ihre Kandidaten zur Stichwahl; in 10 Kreisen einem Freisinnigen (vgl. S. 9 Z. 5 v. o.), in 11 einem Kirchlichen gegenüber.

Das Ergebnis bezeugte auf glänzende Weise welche Anziehungskraft der Sozialismus in Holland erworben hat. Aus dieser Flutwelle sozialistischer Stimmen geht hervor, dass auch unsre Arbeiterklasse voll Hoffnung und Zutrauen dem Sozialismus um eine bedeutende Strecke näher gekommen ist, dass das Bewusstsein unwiderstehlich bahnbreicht, das Proletariat könne seine Befreiung nur erwarten von dem selbständig geführten politischen Klassenkampf.

Das Gesamtergebnis der Wahlen bedeutete vor allem den Sieg des allgemeinen Wahlrechts. Im ersten Gang schon wurden der rechten Seite tüchtige Streiche versetzt. Mit dem Umsturz des Klerikalismus war dem Streben seiner Politiker, durch Verstärkung der Befugnisse der ersten Kammer und des Thrones dem demokratischen Einfluss des unentweichbar sich vordrängenden Wahlrechttheores zu steuern, ein Ziel gesteckt.

<sup>1)</sup> S. S. 21.

Die verschiedenen bürgerlichen Parteien der linken Seite hatten die Wahlagitation begonnen mit einem gemeinsamen Programm, worauf als erster Punkt das allgemeine Wahlrecht sich befand.

Der rechte Flügel dieses „vrijzinnigen“ (d.h. in Holland: nicht-klerikalen) Verbandes sah sich zur Annahme dieses Programms genötigt, weil dies die einzige Möglichkeit ergab eines gemeinsamen Vorgehens gegen die schwarze Majorität — bei den Hauptwahlen von den drei freisinnigen Parteien, in der Stichwahl mit den Sozialdemokraten vereinigt, und also die unumgängliche Bedingung bildete zum Sturz dieser Regierung der rechten Seite, die, mit dem von ihr schon eingebrachten Zollgesetzentwurf, den ökonomischen Interessen dieser Gruppe von Grossindustriellen, Kaufleuten und Banquiers aufs schlimmste zu schaden drohte. Nur die materiellste Sorge das Fazit ihrer kapitalistischen Unternehmungen gegen die Angriffe einer mächtigen agrarischen und gewerblich-rückständigen Gruppe zu verteidigen, trieb diese Konservativen dem Canossa der Demokratie zu.

Die Partei liess es sich angelegen sein, den Einfluss, den sie in den zahlreichen Kreisen ausübte, wo bürgerliche Kandidaten mit einander zur Stichwahl standen, wodurch also der Ausschlag zur linken oder rechten Seite in ihre Gewalt gegeben war, auszunutzen und die schwankenden Elemente zur Linken fester als sie es eigner Bewegung getan hätten, an das Allgemeine Wahlrecht, die wichtigste unsrer Forderungen, zu binden. Dem diesbezüglichen Kongressbeschluss gemäss wurde vom Parteivorstand den mit Klerikalen zur Stichwahl stehenden Kandidaten mitgeteilt, dass die Unterstützung der Partei abhängig sei von einer befriedigenden Erklärung ihrerseits auf folgenden Punkten:

1. Anerkennung der Urgenz des allgemeinen Wahlrechts für Männer.

2. Bereiterklärung aus der Verfassung alle das Frauenwahlrecht verhindernden Bestimmungen fortzunehmen und Bekämpfung einer Verknüpfung des Frauenwahlrechts mit Wohlstandsbedingungen.

3. Mitwirkung zur Ausbreitung und sofortigen Ausführung des ins Invalidengesetz (einige Tage vor den Wahlen im Staatsblatt erschienen) niedergelegten Beginns einer staatlichen Altersrente.

4. Erklärung für die Nicht-Ausführung des übrigen Teils jenes Gesetzes.

Der Zentralausschuss der freisinnigen Parteien beauf-

wortete die beiden ersten Fragen mit dem Hinweis auf ihr Wahlprogramm und weigerte sich über die beiden andern Punkte auszusprechen. Dennoch wurden unsre Fragen von 14 freisinnigen Kandidaten zustimmend beantwortet; 9 andere wiesen auf die Antwort des Zentralausschusses hin. Als den Herren klar wurde, dass der Parteivorstand Fuss beim Mal halten wolle, dass es bei der Forderung einer persönlichen befriedigenden Erklärung beharre und die Unterstützung der Partei dadurch bedingt sei, da ergänzten letztere ihre erste Antwort mit solchen Angaben und Erklärungen, dass wir uns damit zufrieden geben konnten.

Der Zentralausschuss der Freisinnigen hatte schon in seiner ersten Erklärung die vom Parteivorstand aufgesetzte Bedingung erfüllt, und unsern Kandidaten, die mit einem Schwarzen zur Stichwahl standen, seine Unterstützung zugesagt.

In den 11 Kreisen, wo wir mit einem Kandidaten der rechten Seite zur Stichwahl standen, eroberten oder behaupteten wir das Mandat, von den 10 Kreisen, wo wir Freisinnigen gegenüberstanden, gewannen wir 6. Die Kirchlichen enthielten sich dort.

Wir verloren keins von unsren 7 Mandaten und gewannen 11 neue. Unsre Kammerfraktion sah sich somit von 7 auf 18 Mitglieder vermehrt, die Majorität von 59 Mandaten der rechten Seite war zu einer Minorität von 45 zusammengeschrunpft, die Freisinnigen hatten 3 Mandate zugenommen. Das Gesamtergebnis war:

|                                      | Alte Kammer | Neue Kammer |
|--------------------------------------|-------------|-------------|
| Katholische                          | 26          | 25          |
| Antirevolutionäre <sup>1)</sup>      | 20          | 11          |
| Christlich-historische <sup>1)</sup> | 13          | 9           |
| Rechtsstehende zus.                  | — 59        | — 45        |
| Freiliberale                         | 4           | 10          |
| Uniert-liberale                      | 21          | 20          |
| Freisinnig-demokraten                | 9           | 7           |
| Linksstehende zus.                   | — 34        | — 37        |
| Sozialdemokraten                     | 7           | 18          |
| Gesamtsumme                          | 100         | 100         |

Die erste Folge der verstärkten Stellung unsrer Fraktion in der zur Regierung berufenen Mehrheit, war, dass auch ihr politischer Führer, Mr. P. J. Troelstra, von der Königin zur Lösung der parlamentären Krise zu Rate gezogen wurde.

<sup>1)</sup> Reformierte Parteien.

Der Meinung gemäss der Parteikonferenz, — einer vom Parteivorstand zur Beratung einberufenen Versammlung, die sich aus jenem, den Mitgliedern der Kammerfraktion und den Redakteuren des Parteiblatts, des „Volk“, zusammensetzte, — empfahl Troelstra einen Versuch zur Bildung eines vermischt-bürgerlichen Kabinetts zur Verfassungsänderung, dessen Aufgabe die Verwirklichung sein sollte des freisinnigen Wahlprogramms, wie es, durch die Stichwahlforderungen unsrer Partei schärfer umgrenzt, die Wähler angenommen hatten. Sollte sich dies aber als unausführlich herausstellen, so rate er zur Bildung eines Ministeriums aus den „vrijzinnigen“ Parteien. Eine solche Regierung könne sich auf die ehrliche Unterstützung seitens der sozialdemokratischen Kammerfraktion verlassen; auch hinsichtlich des Kriegsetats, unter der einzigen Bedingung dass sie in ihrer Totalsumme die Etats des laufenden Jahres nicht überschreiten dürfe.

Der Führer der freisinnig-demokratischen Partei, Dr. Bos, erhielt von der Königin den Auftrag aus der ganzen linken Seite ein Kabinett zu formieren. Zur Ausführung eines etwaigen Regierungsprogramms, das Verfassungsänderung in unsrem Geiste in den Vordergrund rückte, erklärte er sich bereit drei Sozialdemokraten für ein Ministeramt in Vorschlag zu bringen, wenn eine Vereinbarung in einigen, die Zusammenwirkung in der Regierung, in der Kammer und im Lande überhaupt, betreffenden Punkten sich treffen liesse. Sollte er abschlägigen Bescheid erhalten, so könne er den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts nicht übernehmen.

Unentschieden blieb es, ob in diesem Falle die „vrijzinnigen“ Parteien zur Formierung eines politischen Ministeriums nur aus dem bürgerlichen Teil der linken Seite noch geneigt sein sollten: das komme erst dann in Erwägung, wenn es sich herausstellen sollte, dass diese, ihnen die erwünschteste, Lösung unmöglich sei.

In der zweiten Parteikonferenz wurde das Anerbieten des Dr. Bos mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Einstimmig waren alle der Meinung, dass die Bildung eines einheitlichen „vrijzinnigen“ in der Kammer von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützten Kabinetts die Verwirklichung der Verfassungsreform besser verbürge als eine bürgerlich-sozialistische Misch-regierung. Allein die Frage blieb, ob die „vrijzinnigen“ eine Lösung nach dieser Seite anstreben wollten, wenn der Versuch des Dr. Bos an unsrer Weigerung scheiterte.

Die Minderheit hielt es für sehr wohl möglich, dass die Freiliberalen unsre Ablehnung dazu benutzen würden das Zustandekommen einer Regierung zu fördern die sie der Konsequenzen ihres Programms überheben möchte. Jedenfalls habe man, so meinten sie, die Wahrscheinlichkeit zu berücksichtigen, dass kein politisches freisinniges Kabinett zustandekomme, während jede andere Lösung die Ausführung unsrer Wahlforderungen unsicher mache.

Eine Regierung, die nicht wegen ihres Programms und zu dessen energischer Durchführung bauen könne auf die Hilfe der ganzen linken Seite, laufe jeden Augenblick Gefahr durch die Manöver der Rechtsstehenden überrumpelt zu werden, und bei einer Auflösung der Kammer werde die Möglichkeit einer neuen klerikalen Majorität, angesichts der offenkundigen Unfähigkeit zur Regierung der linken Seite, zur Wahrscheinlichkeit. Damit sei dann die Frucht unsrer Siege aufs schlimmste gefährdet: das Allgemeine Wahlrecht auf Jahre hinaus wieder in den zweiten Plan gerückt.

Hier sei der Ausnahmefall anwesend, den die Pariser Resolution 1900, erwähnt: der Zustand, wo es drauf ankomme durch unsre direkte Beteiligung an der Regierung einen reaktionär-klerikalen Angriff auf unsre Staatseinrichtung abzuschlagen und diese in demokratische Tendenz zu ändern.

Diese Minderheit hielt dafür, das ein zur Erreichung jenes bestimmten Zieles zeitweiliges Bündnis mit den vrijzinnigen Parteien, den Erfolg am besten gewährleiste. Die Partei, unter deren Druck die grossen Reformen in die Programme gebracht seien, dürfe sich eine Blösse geben, wenn es mit ihrer Hilfe gelinge, die vom Volke lange ersehnte Beute einzuheimsen.

Sie erkannte die Möglichkeit an, dass nach unsrer Weigerung ein vrijzinnig Kabinett das Licht erblicken könne; mit Rücksicht aber auf die selbstredend geringe Neigung der vrijzinnigen, völlig von uns abhängig die Regierungsverantwortlichkeit zu übernehmen, komme ihnen das keineswegs wahrscheinlich vor. Dann sei die Lage aber eine sehr unsichere geworden. Mit unsrer Weigerung gäben wir das Heft aus der Hand. Wenn auch die vrijzinnigen sich ihrer Pflicht entzögen, so verringere sich dadurch nicht unsre Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber, das uns sein Vertrauen schenkte. Kämen wir zurück mit leeren Händen, so seien wir mit dem Hinweis auf Parteinteressen und politische Möglichkeiten nicht entlastet. Die begeisterte Kampfeslust, das Vertrauen auf eigene Kraft, die wir erweckt,

würden sich in einen Zustand tiefer Gedrücktheit verkehren, die uns auf Jahre hinaus niederbeugen möge.

In der Majorität gab es zwei Strömungen. Einige Mitglieder entnahmen ihre Bedenken gegen die Annahme besonders aus der Eigenart und der Entwicklung der Partei. Wenn auch Situationen denkbar seien, wo die Partei die ihr von den Beschlüssen der Pariser und Amsterdamer internationalen Kongressen gelassene Möglichkeit in Anspruch nehmen könne, meinte man, so sei doch der dazu vorausgesetzte Notstand jetzt keineswegs da. Seien doch alle darüber einig, dass unter den gegebenen Verhältnissen ein bürgerliches Kabinett nicht nur möglich, sondern die wünschenswerteste Lösung sei. Unverzeihlich scheine es ihnen, wenn wir uns treiben liessen zu einer von den vrijzinnigen angeregten Kombination, ohne Berücksichtigung der Wahlrechtsinteressen ins Leben gerufen, die den Namen sogar eines demokratischen Blocks für sich nicht beanspruchen dürfe, denn der einflussreiche rechte Flügel dieses Blocks setze sich aus Vertretern des Grosskapitals in Holland zusammen, des Militarismus und Imperialismus. Unvermeidlich sei es, dass bei Annahme der Portefeuilles der Tätigkeit der Partei, nicht nur in der Kammer sondern auch im Lande, Schranken gesetzt würden.

Dadurch werde der Schwung, der stürmische Drang der Partei gebrochen, die revolutionären Gefühle der Arbeiterklasse getötet, und öfters würden die Vertreter der Partei in die Lage kommen, gegenüber den Arbeitern und ihrem Kampf Stellung zu nehmen. Sie seien nicht im geringsten überzeugt, dass Teilnahme an der Regierung eine Gewähr für die Einführung des Allgemeinen Wahlrechts und der staatlichen Altersrente biete. Unter diesen Umständen seien sie für unbedingte Abweisung des Anerbietens, unter nochmaliger Hervorhebung unsrer weitgehendsten Bereitschaft eine vrijzinnige Regierung zu unterstützen; die Verantwortlichkeit bleibe den Parteien, die auf dieser Grundlage nicht zu unterhandeln wünschten.

Die andre Strömung in der Mehrheit bildeten die, welche glaubten, nur bei offenbarem Unwillen der vrijzinnigen, aus ihrer Mitte ein Kabinett zu bilden, könnten unter gewissen Bedingungen sozialdemokratische Minister sich an der Regierung beteiligen; — sollten jedoch die vrijzinnigen diesen Eintritt von Sozialdemokraten zur „conditio sine qua non“ machen für ihre Mitwirkung zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts, so hätten wir diese Bedingung zu erfüllen. Zugegeben werde, dass den Opfern gegenüber,

die die sozialistische Partei dafür zu bringen habe, nicht die Gewissheit stehe, dass dieses „schwächste, am wenigsten einheitliche, dem Zufall am meisten ausgesetzte, durch die innere Zusammensetzung am meisten belästigte Kabinett, das allgemeine Wahlrecht in sicheren Port bringen werde. Für ein etwaiges Misslingen hafteten aber nicht wir, sondern die vrijzinnigen, die den bessern Weg gesperrt hätten.

Das Urteil des Parteitags erschien nach der Abstimmung als überflüssig; die Möglichkeit, dass dieser eine so grosse Majorität für die Annahme liefern könne, dass das praktische Ergebnis ein anderes wäre, wurde von niemand angenommen. Mit der Begründung, dass die Aussicht auf Verwirklichung des vom Kabinettsformator offenbar nach Rücksprache mit den vrijzinnigen Parteiführern aufgesetzten Werkprogramms, eine bessere sei unter einem einheitlichen vrijzinnigen Kabinett, teilte Troelstra Dr. Bos mit, dass von der S. D. A. P. zur Bildung eines Mischkabinetts keine Mitwirkung zu erwarten sei.

Er wiederholte das im Namen der ganzen Kammerfraktion gemachte Anerbieten, ein politisches vrijzinnig Kabinett zu unterstützen; er sei überzeugt, dass die vrijzinnigen sich der Verantwortlichkeit für die Ausführung ihres Programms nicht könnten entziehen wollen, und ersuchte Dr. Bos die Bildung eines solchen Kabinetts unter Gewähr der zugesagten Unterstützung mit seinen politischen Freunden in Erwägung ziehen zu wollen.

Dr. Bos übernahm den ihm gegebenen Auftrag also nicht. Von der Versammlung vrijzinniger Kammerabgeordneter wurde der Gedanke eine vrijzinnige Regierung zu bilden, abgelehnt; der Widerstand fand sich besonders auf den beiden Flügeln.

Damit trat der Zustand ein, der vermutlich eine Majorität unter den Führern der Partei bereit finden würde zur Unterhandlung über unser gemeinsames Auftreten mit den vrijzinnigen in einem Ministerium.

Indessen hatte die Königin Herrn Cort van der Linden, einem vrijzinnigen Staatsmann, der sich während der letzten Jahre dem Gebiet der praktischen Politik fern gehalten hatte, den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts zugehen lassen. Erwünscht war es nun, etwaigen Versuchen zur Bildung eines Affärenkabinetts, das kein Allgemeines Wahlrecht und keine Altersrente in sein Programm aufnahme, zuvorzukommen, jedenfalls der Gefahr vorzubeugen, dass die vrijzinnigen sich auf unsren Widerwillen gegen die

einzig von ihnen als möglich erachtete Mitwirkung beriefen, einer solchen Regierung Hilfe zu leisten.

Wie Vliegen und Schaper beantragten, beschloss der Parteivorstand zur Einberufung eines ausserordentlichen Parteitags.

Eine dritte Parteikonferenz, die zu dessen Vorbereitung abgehalten wurde, nahm eine Mehrheitsresolution an, die die Erklärung enthielt, dass unter den gegebenen Verhältnissen die Bildung eines extraparlamentarischen Kabinetts die wünschenswerteste Lösung sei, vorausgesetzt es respektiere den Ausspruch der Wähler für Allgemeines Wahlrecht und Altersrente; sollte dies sich aber als unmöglich herausstellen, so trete der Fall unvermeidlicher Notwendigkeit ein, wo die Partei, unter Berücksichtigung der Pariser Resolution sich über ihre Bedenken hinwegsetzen solle.

Dieser, von 12 Mitgliedern der Konferenz unterzeichneten Erklärung stand diejenige der Minderheit gegenüber, welche 8 Unterzeichnungen aufwies. Ihre Grundlage war die Erwägung, dass die Partei, weder in dem Parlament noch draussen, stark genug sei den mit einem derartigen gemeinsamen Vorgehen verknüpften Gefahren zu trotzen, das sie mit Zweck und Wesen der Sozialdemokratie in Widerspruch bringe; Verwirklichung unsres Wahlprogramms werde nur wahrscheinlich, wenn wir einer bürgerlichen Regierung Hilfe leisteten, und die Teilnahme an einem bürgerlichen Kabinett unter diesen Umständen verstosse gegen die Interessen des Proletariats.

Troelstra legte dem Entwerfer der Resolution des internationalen Kongresses 1910, Karl Kautsky, die Frage vor, ob Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung prinzipiell als statthaft zu betrachten sei, wenn ein Zustand eintrete, wo nur dadurch das Allgemeine Wahlrecht gerettet werden könne.

Kautsky musste eingestehen, dass die Lage der holländischen Partei eine der misslichsten sei, worin sich seit langen Jahren irgend eine bei der Internationalen angeschlossene Partei befunden habe. Durch den bis dahin gegen den Ministerialismus hartnäckig geleisteten Widerstand habe die holländische Partei im Geiste der Internationalen gehandelt, die die Forderung stelle den Eintritt eines Sozialdemokraten in eine bürgerliche Regierung möglichst zu vermeiden. Falls aber nur durch diesen Eintritt in ein bürgerliches Kabinett das Allgemeine Wahlrecht erobert werden könne, wenn ausserdem die Aussicht vorhanden sei,



dass es dadurch erlangt werde, so sei der Fall da, den die Pariser Resolution ausnehme.

Auf dem Parteitag zu Zwolle gelangten die hier kurz umschriebenen Meinungen wieder zur Aussprache.

Beide Richtungen standen einander gegenüber. Eine wollte den Eintritt in eine bürgerliche Regierung als logische Konsequenz unsrer Wahlerfolge und der Entwicklung unsrer Partei hinnehmen, die andere bewies aus prinzipiellen Gründen die Notwendigkeit diese Tat möglichst lange hinauszuschieben und keinesfalls jetzt dazu überzugehen.

Diejenigen Parteigenossen, die in der Gewerkschaftsbewegung die führenden Rollen innehatten, widersetzten sich meistens scharf der Annahme der Portefeuilles. Für sie war der Gedanke massgebend, dass ihre Freiheit im Handeln wie in der Kritik den schlimmsten Schaden leiden werde wenn eine sozialdemokratische Minorität an der Regierung sich beteilige; dass die sie bekämpfenden christlichen und syndikalistischen Arbeiterverbände die Zwangslage, in der mit der Partei auch die mit ihr für das Wahlrecht kämpfende Gewerkschaftsbewegung sich befinde werde, zweifellos dazu würden benutzen wollen, dieselbe bei Arbeitskonflikten in das feindliche Lager zu drängen.

Troelstra stellte fest, dass bei den massgebenden kampffähigen Abteilungen ein so kräftiger und elementarer Widerwillen gegen die Annahme vorherrsche, dass, wie auch immer die Majorität ausfalle, das praktische Ergebnis allenfalls wohl negativ sein werde. Dann setzte er auseinander, dass dennoch die Annahme der Mehrheitsresolution erwünscht sei. Gesetzt einmal, die Versuche Cort van der Lindens scheiterten, sei es jetzt schon, sei es nachher, so bleibe, nach unsrer Abweisung, kein anderer Weg mehr als die Auflösung der Kammer. Wir hätten auf diese Möglichkeit hin, uns selbst den Weg freizuhalten, sollte der Parteitag die Möglichkeit unsrer Mitwirkung in einem der Mehrheit nach bürgerlichen Kabinett ablehnen, so liefere er die Kammerfraktion an Händen und Füßen gefesselt ihren politischen Widersachern in der Kammer aus.

Zugunsten eines vom Verein Amsterdam III eingebrachten Antrags wurde die Resolution der Minderheit zurückgezogen. Über diesen Antrag und die ihr gegenüberstehende Mehrheitsresolution wurde abgestimmt, letztere wurde mit 317 gegen 376 stimmen und 15 blanco verworfen. Die Resolution Amsterdam III wird somit als angenommen betrachtet.

Diese Resolution verneint, dass unter den gegebenen Ver-

hältnissen eine Pflicht zur Teilnahme an der Regierung bestehe für eine Partei, die kraft ihres Entstehens, Wesens und Zweckes sich gegen das Bürgertum überhaupt kehrt; die Abweisung der von unsrer Partei einem etwaigen vrijzinnigen Kabinett zugesagten Hilfe wird nicht auf das Unvermögen, sondern auf den Unwillen zurückgeführt, diese wünschenswerteste Lösung zu akzeptieren; die Haltung der vrijzinnigen wird erklärt aus dem Bestreben, die Partei ihres Klassencharakters zu berauben; sie fordert von jeder Regierung die Einführung des Allgemeinen Wahlrechts und der Altersrente; jede Hilfe, die vrijzinnige einer diese Forderungen zurückweisenden Regierung leisten, wird als ein an der Stichwahlparole geübter Verrat gebrandmarkt; sie schliesst mit dem an die Arbeiterklasse gerichteten Aufruf, den Kampf um die von ihr erstrebten politischen und sozialen Reformen mit noch grösserer Energie und Ausdauer weiterzukämpfen, das einzige Mittel, deren Einführung binnen der kürzesten Frist sicherzustellen.

Herrn Cort van der Linden gelang der Versuch, ein extra-parlamentarisches Kabinett zu bilden, das Verfassungsänderung zwecks Einführung des Allgemeinen Wahlrechts für Männer, Wegnahme der das Frauenwahlrecht verhindernden Bestimmungen und Einführung des Proportionalwahlsystems, und ausserdem einige praktischen Sozialreformen in seinem Programm führt.

Bei der Etatsberatung konnte Troelstra in der Generaldebatte diesem Kabinett die Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion zusagen.

Bei den Nachwahlen, durch Doppelwahl unsrer Kandidaten in vier Kreisen nötig geworden, gingen zuerst 2, später, nach der Ernennung unsres Genossen H. Polak zum Senator noch ein Mandat verloren.

Die S. D. A. P. ist jetzt im Besitz von 15 Mandaten.

Namentlich der Ausfall im letzten Kreis wurde in der Partei tief empfunden; es war unsrer Partei stärkster, wo in der Hauptwahl Troelstra sofort endgültig gewählt worden war. Aber auch diese Enttäuschung vermochte nicht den Feureifer der Parteigenossen zu dämpfen.

Unmittelbar darauf, nach einer Vorbereitung von nur wenigen Tagen, wurde vom Parteivorstand eine Propagandawoche, die „Rote Woche“ organisiert, in der 3336 neue Mitglieder und 2603 „Volk“-abonnenten eingetragen wurden. Es sind das Rekordzahlen, wie sie uns sogar unsre Siege nie zuführten.

## PROVINZIALKAMMERWAHLEN.

Die Wahlen für die Provinzialkammern die den periodischen Wahlen für die Zweite Kammer vorangingen bildeten deren hoffnungsvoll stimmendes Vorspiel.

In drei Provinzen zählte die Partei 23 Abgeordnete; die Wahlen brachten uns 42 Mandate ein in 5 Provinzen.

Politisches Interesse haben diese Körper, indem sie die Mitglieder der ersten Kammer wählen. Unsre verhältnismässig stärkste Fraktion, die in Friesland, zwang die vrijzinnigen zu einem Abkommen, was die Ernennung unsrer beiden Parteigenossen H. H. van Kol und Henri Polak zum Senator veranlasste.

## GEMEINDEWAHLEN. <sup>1)</sup>

Die Gemeindewahlen bestätigten auf glänzende Weise die Ergebnisse der siegreichen Kammerwahlen.

Die Partei beteiligte sich in 177 Gemeinden, und zwar, die in den beiden katholischen Provinzen liegenden ausgenommen, in allen grösseren und kleineren Stadtgemeinden, am Kampf. Das Ergebnis in diesen Gemeinden war:

|             | Zahl der<br>Ausscheidenden | Gewählten Vertreter |
|-------------|----------------------------|---------------------|
| Kirchlich   | 383                        | 357                 |
| Vrijzinnig  | 520                        | 488                 |
| S. D. A. P. | 62                         | 125                 |
| Andere      | 9                          | 11                  |

Die Zahl der Genossen in den Gemeindevertretungen beläuft sich jetzt auf 247. In Amsterdam haben unsre Kandidaten 43.7 Proz. von allen abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Fünfzehn von 45 Stadtverordneten sind Mitglieder der S. D. A. P.; die machtvolle Stellung, die unsre Partei da behauptet, fand ihren Ausdruck in der Wahl des Genossen W i b a u t zum Stadtrat.

Also ist der erste Sozialdemokrat in die Obrigkeit einer Grossstadt aufgenommen worden.

Die Majorität wurde in der bedeutenden Hafen- und Industriestad Z a a n d a m erobert; der Stadtrat ist jetzt, nach der Wahl sozialdemokratischer Beigeordneten, gleichfalls sozialistisch; als die offizielle Anerkennung dieses Zustandes dürfen wir die von der Partei freudig begrüßte Ernennung des Genossen K. t e r L a a n zum Bürgermeister gelten lassen.

<sup>1)</sup> Eine differenzierte Städteordnung und Landgemeindeordnung gibt es in Holland nicht.

Die Partei besitzt ein Tageblatt, das „Volk“, ihr Organ. Die schweren Anfängerjahre hat es überstanden. Vom kräftigen Wachstum der Partei hat es seinen Teil mit abbekommen, und die Tausende, die wir zu uns gezogen, wurden ihm zu Scharen neuer Leser. Die Abonnentenzahl betrug am

|                        |       |
|------------------------|-------|
| 31. Dez. 1900. . . . . | 7000  |
| 31. „ 1905. . . . .    | 7554  |
| 31. „ 1909. . . . .    | 10965 |
| 31. „ 1913. . . . .    | 30149 |

Auch aus diesen Ziffern wird es klar, dass seit dem vorigen internationalen Kongress dem Sozialismus in Holland eine neue Epoche sich erschlossen hat. Die Zunahme während dieser Jahre ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

|                           |       |
|---------------------------|-------|
| Am 31. Dez. 1909. . . . . | 10965 |
| „ 31. „ 1910. . . . .     | 11580 |
| „ 31. „ 1911. . . . .     | 13375 |
| „ 31. „ 1912. . . . .     | 23519 |
| „ 31. „ 1913. . . . .     | 30149 |

Ausserdem erscheinen 22 von Vereinsverbänden herausgegebenen Wochenzeitungen, die zusammen auch etwa 30.000 Abonnenten besitzen.

Von einer Gruppe christlicher Sozialdemokraten wird das Wochenblatt „De Blijde Wereld“ <sup>1)</sup> herausgegeben, Redakteure sind einige Pastoren, die zur S. D. A. P. gehören.

Sein eignes Organ besitzt auch der Verein sozialdemokratischer Gemeindeverordneter, es heisst: Die Gemeinde, und erscheint monatlich; sowie auch der Verband sozialdemokratischer Frauenvereine, dessen Organ zweimal pro Monat erscheint.

Auf dem Parteitag 1914. beschloss die Partei zur Herausgabe einer wissenschaftlichen Monatszeitschrift. Bis dahin entsprach dem Bedürfnis nach einer wissenschaftlichen Zeitschrift einigermassen „De Nieuwe Tijd“ <sup>2)</sup>, die zum Teil vom Parteigenossen geleitet wurde.

## FRAUENBEWEGUNG.

Die Propaganda unter der Frauen wird namentlich von den Frauenpropagandavereinen betrieben, die in den meisten

<sup>1)</sup> „Die frohe Welt“.

<sup>2)</sup> „Die neue Zeit“.

Orten wirken, wo die Bewegung grösseren Umfang bekommen hat. Nur Genössinnen können Mitglieder sein. Zusammen bilden sie den Verband sozialdemokratischer Frauenpropagandavereine, deren Einrichtung und Tätigkeit, einem Beschluss des letzten Parteitags zufolge, der Parteiverwaltung unterstehen. Aeusserlich betätigt sich der Verband nicht, seine Aufgabe ist nur die Austragung unsrer Grundsätze unter die Frauen, ihre Organisation in der Partei und Erziehung zu tüchtigen Mitkämpferinnen im Klassenkampf.

Die Tätigkeit unsrer Frauenvereine richtet sich, wie die der bürgerlichen Frauenorganisationen, hauptsächlich auf das Wahlrecht. Während aber der Kampf der bürgerlichen Frauenbünde dem Wesen nach ein geschlechtlicher ist, während ihre Bestrebungen nur bis zur „Gleichstellung“ von Mann und Frau im Punkte des Wahlrechts gehen, während jene also bereitstehen zur Annahme eines beschränkten Wahlrechts, das zu Hunderttausenden die Proletarierfrauen mit ihren Männern ausschliesst, propagieren unsre sozialdemokratischen Frauenvereine die unbedingte Forderung des Allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen. Und ablehnend stehen sie jeder bedingten Gewährung eines Frauenwahlrechts gegenüber, das zwar die politische Entrechtung ihres Geschlechts teilweise aufhebe, die ihrer Klasse aber, des Proletariats, noch vergrössern würde.

Die Zahl der beim Verband angeschlossenen Vereine beträgt jetzt 31, die Gesamtmitgliederzahl 1300. Die Orts- und Kreisvereine der Partei und der Parteivorstand überweisen ihnen die nötigen Mittel. Der Verband besitzt ein eignes Organ, „Die Proletarische Frau“. Dass auch die sozialistische Frauenbewegung am allgemeinen Aufwuchs der letzten Jahre teilnimmt, beweisen die zunehmende Auflage und die Steigerung der Abonnentenzahl dieses Blattes.

| Am 31. Dez. | Auflage | Abonnenten |
|-------------|---------|------------|
| 1910.       | 3500    | 2550       |
| 1911.       | 4700    | 3400       |
| 1912.       | 6500    | 4550       |
| 1913.       | 8000    | 6500       |

## JUGENDBEWEGUNG.

Die Organisation der holländischen Jugend hat lange Jahre nur eine kümmerliche Existenz gefristet; mit der Partei stand sie in Fehde, hauptsächlich infolge ihrer Tendenz nach Selbständigkeit; — nach dem Ausschluss der „Tri-

bune"-redakteure und der Gründung der S. D. P., weil diese jungen Leute sich einer gewissen Neutralität hinsichtlich dieser Parteilichkeiten befleissigen wollten. Diesem alten Verein gegenüber sind nun in mehreren Orten von unsren Vereinen Jugendorganisationen errichtet worden; die jungen Leute führen selbst die Verwaltung, unter der Kontrolle einer vom Parteiverein ernannten Kommission oder der mit den lokalen Gewerkschaftsbünden gemeinsam gewählten Bildungsausschüsse. Ihren Ortsvereinen lässt der Zentralausschuss zur Förderung der Jugendorganisation Rat und Hilfe zuteil werden, dessen Mitglieder der Parteivorstand ernennt. Aufgabe dieses Ausschusses ist auch, die Herausgabe von Flugblättern und Broschüren und einer Jugendzeitschrift. Die Mitgliederzahl der verschiedenen, meistens 1913 gegründeten, Vereine, betrug am 31. Dez. 1000.

Ihr Organ „Het Jonge Volk“<sup>1)</sup> wird in 5000 Stück aufgelegt.

## BEZIEHUNGEN ZU ANDERN SOZIALISTISCHEN PARTEIEN.

Mit der sozialdemokratischen Partei, der S. D. P., steht unsre Partei auf dem Kriegsfuss. Kein Mensch wüsste ja um ihr Bestehen neben der S. D. A. P., wenn ihre Wortführer nicht regelmässig in unsren Versammlungen debattierten, um weidlich schimpfen zu können auf den Verrat, den wir tagtäglich am Sozialismus begehen sollen. Ihr Organ wird nicht gelesen, ihre Versammlungen nicht besucht, für ihre Kammer- und Gemeindekandidaten werden keine Stimmen abgegeben.

Es ist ein unbedeutendes Häuflein; fast alle, die sich im Anfang den ausgeschlossenen Führern angeschlossen hatten, sah es abtrünnig werden und zur alten Partei wiederkehren.

Etwas besser sind unsre Beziehungen zu den Christlich-sozialisten. Als diese Partei vor den Wahlen sich zur selbständigen Beteiligung an den Wahlen entschloss, schieden einige Genossen aus. Der Verein führte darauf sein Vorhaben nicht aus, und unterstützte die von der Partei aufgestellten Kandidaten. Nach den Wahlen forderten ihre Führer unsren Parteivorstand auf, mit ihnen über ein eventuelles gemeinsames Vorgehen bei den Kammerwahlen verhandeln zu wollen.

---

<sup>1)</sup> „Das junge Volk“.

Der Parteivorstand, obwohl er die Auffassung, dass die sozialistische Bewegung in mehreren Organisationen ihren Ausdruck finden könne, billigte, meinte dennoch, dass zu einer äusseren Betätigung von mehreren Organisationen kein Anlass vorhanden sei. Der Parteivorstand stellte in Abrede, dass das Program oder die Agitation unsrer Partei zur Bildung einer gesonderten Partei der Christlich-sozialisten Grund gebe, lehnte somit jede Unterhandlung in diesem Punkt ab, und forderte jene Sozialisten auf, auch ihren Kampf in das Zeichen des vereinigten Proletariats zu stellen, und sich der holländischen Abteilung der Internationalen anzuschliessen.

## GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG.

Im „Nederlandsch Verbond van Vakverenigingen“<sup>1)</sup> waren vereinigt:

Am 1. Januar 1906. 11 Organisat. mit 18.960 Mitgliedern.

|   |       |    |   |        |   |
|---|-------|----|---|--------|---|
| „ | 1910. | 27 | „ | 40.628 | „ |
| „ | 1914. | 35 | „ | 84.434 | „ |

Die bedeutendste Steigerung wies das Jahr 1913 auf, wo die Zahl der Organisationen von 33 bis 35, die der angeschlossenen Mitglieder von 61.535 bis 84.434 stieg, eine Zunahme mit 37.2 Proz.

Die Zunahme der weiblichen Mitglieder blieb hinter demjenigen der männlichen zurück. Am 1. Januar 1910, waren 2942 Frauen bei einer der im N. V. V. organisierten Gewerkschaften eingetragen (6.6 Proz. von der Gesamtzahl); am 1. Januar 1914 war diese Zahl 4356 (5.1 Proz. v. d. G.).

Der letztveröffentlichte Vierteljahresbericht, vom 1. April 1914, beweist, dass der Aufstieg des Vorjahres sich auch über 1914 erstrecken will. Die Zahl der Angeschlossenen betrug an diesem Tag 87.734.

In einer mehr als befriedigenden Weise sind also die günstigen Entwicklungsbedingungen, wie sie die Hochkonjunktur in Handel und Gewerbe, die Lebensmittelteuerung und andre Einflüsse gezeitigt, der holländischen Gewerkschaftsbewegung, soweit diese nicht unter syndikalistischem (anti-sozialdemokratischem, verkappt-bürgerlichem oder anarchistischem) oder unter klerikalem Einfluss stand, zum Vorteil gewesen.

<sup>1)</sup> Niederländischer Gewerkschaftsverband.

Vor nur wenigen Jahren war die holländische Bewegung auch in diesen Stücken bei den Nachbarn weit zurück. Mit überraschender Schnelligkeit ist der Rückstand grösstenteils nachgeholt worden. Die solide Art ihrer Entwicklung bürgt dafür, dass unsre Gewerkschaftszentrale binnen wenigen Jahren die ihr dem von ihr beherrschten Gebiet gemäss in der Internationalen gebührende Stellung einnehmen wird.

Nicht wenig trug zur Kräftigung des Vertrauens in ihre Taktik der Umstand bei, dass die im N. V. V. organisierten Gewerkschaften während dieser letzten Jahre bei allen bedeutenden Konflikten das Feld behaupteten.

Weiter muss erwähnt werden, dass es der stärksten unsrer Gewerkschaften, dem Diamantarbeiterverband, am 1. October 1911 gelang den Achtsturentag für das ganze Gewerbe einzuführen und zu behaupten.

Der Wahlrechtskampf wird von den Gewerkschaften energisch unterstützt. Mit dem N. V. V. verhandelt der Parteivorstand regelmässig über die Wahlrecht-agitation; in unsren nationalen und örtlichen Demonstrationen sind die Gewerkschaftsorganisationen vertreten.

Neben dem N. V. V. gibt es noch vier andere Gewerkschaftszentralen; die Gesamtzahl der Angeschlossenen beträgt nicht das Drittel der im N. V. V. Organisierten.

Insgesamt waren am 1. Januar 1913. 189.030 Arbeiter in Gewerkschaften vereinigt, 1910 betrug die Zahl 143.850.

Den Gewerkschaftszentralen hatten sich 1910. angeschlossn 43.35 Proz., 1913. 53.66 Proz. von der Gesamtzahl.

Von den in Gewerkschaften Organisierten gehörte folgender Prozentsatz zu den Organisationen, vereinigt in:

|                                                | 1910 | 1913 |
|------------------------------------------------|------|------|
| N. A. S. <sup>1)</sup> (Anarchisten) . . . . . | 2.4  | 4.2  |
| N. V. V. . . . .                               | 28.2 | 32.5 |
| Kathol. Gewerksch. Verb. . . . .               | 8.1  | 11.1 |
| Reform. Gewerksch. Verb. . . . .               | 4.5  | 4.2  |
| Neutr. Gewerksch. Verb. . . . .                | —    | 1.5  |

Die Gesamteinnahmen der in N. V. V. vereinigten Organisationen betrugen 1913. f 1.404.840, wovon f 1.014.444 aus Beiträgen.

Das Gesamtvermögen dieser Organisationen belief sich am 1. Januar auf f 2.508.203.

Den Mitgliedern wurde ausgezahlt f 835.721, davon f 422.053 bei Streiks.

<sup>1)</sup> Nationales Arbeitersekretariat.



## GEWERKSCHAFTSPRESSE.

Die im N. V. V. vereinigten Gewerkschaftsbünde besitzen, das Zentralorgan „De Vakbeweging“<sup>1)</sup> mit eingeschlossen, 36 Zeitungen, die am 1. Januar 1914. zusammen in 125.038 Exemplaren aufgelegt wurden; 8 sind Wochenblätter, 24 erscheinen alle 14 Tage oder halbmonatlich, 3 erscheinen monatlich.

Im Ganzen werden pro Jahr etwa 4.5 Millionen Fachzeitungen verbreitet.

Die Gewerkschaftsorganisationen der Beamten, der Provvisoren, Hausgesinde, Böttcher, Landarbeiter, Postangestellten, Staatsarbeiter und Fleischergejellen, meistens sehr kleine Bünde, ausgenommen, die auch die Umstände nicht so sehr dazu drängen, sind alle im N. V. V. vereinigten Organisationen auch dem in ihrem Gewerbe bestehenden, internationalen Gewerkschaftsbund beigetreten.

## DIE GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG IN HOLLAND.

In der Genossenschaftsbewegung in Holland finden sich zwei Strömungen; die bürgerliche Kooperation, deren Zweck die Kooperation selbst bildet, — und die auf dem Klassenstandpunkt stehenden Arbeitergenossenschaften, die, ausser der Förderung der Kooperationsidee zugleich die Unterstützung anderer Zweige der Arbeiterbewegung bezwecken.

Insgesamt gibt es in Holland 2679 Genossenschaften mit 355.000 Mitgliedern. Darunter sind 481 Konsumvereine mit 160.000 Mitgliedern. Der Jahresumsatz beträgt f 25.000.000.

160 Genossenschaften mit 95.000 Mitgliedern sind dem niederländischen Kooperativbund beigetreten, der das Gross-einkaufsbureau, die „H a n d e l s k a m e r“, verwaltet. Diese H a n d e l s k a m e r hatte im Vorjahr einen Umsatz im Werte von f 5.000.000. Die Arbeitergenossenschaften bleiben bis zum September d. l. J. beim N. C. B. angeschlossen; dann hört die Anschlussverpflichtung beim Wa-enbezug von der H a n d e l s k a m e r auf.

Nach dem Kopenhagener Kongress, als die Unterstützung anderer Teile der Arbeiterbewegung freigestellt wurde, hat sich der Verband von Arbeitergenossenschaften, auch dar-

---

<sup>1)</sup> Gewerkschaftsbewegung.

über beraten, ob es erwünscht sei, unsre Genossenschaften auf eine neutralere Grundlage zu stellen. Mit 108 gegen 10 Stimmen beschloss die Jahresversammlung 1912 einen Teil des Reingewinns auch künftig der Arbeiterbewegung zuzuführen.

Mit den Vorständen der Gewerkschaftsorganisationen, zu denen die in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter gehören, hat der Verband von Arb. Gen. einen Kollektivvertrag abgeschlossen, der die Arbeitsbedingungen des Personals regelt.

Ziemlich allgemein fühlen die Genossen ihre Verpflichtung die auf dem Klassenstandpunkt stehenden Genossenschaften zu unterstützen.

39 Genossenschaften führen der Arbeiterbewegung Überschüsse zu; 32 davon sind dem Verb. v. Arb. Gen. beigetreten, sie beschäftigen 623 Personen in 52 Unternehmungen.

Den Anwachs dieser Genossenschaften mögen folgende Ziffern veranschaulichen:

|                               | 1909        | 1912        |
|-------------------------------|-------------|-------------|
| Mitgliederzahl . . . . .      | 17.763      | 24.581      |
| Umsatz . . . . .              | f 1.876.659 | f 2.910.351 |
| Reingewinn . . . . .          | „ 112.619   | „ 185.645   |
| Auszahlung a. Mitgl. . . . .  | „ 65.153    | „ 123.430   |
| Unterst. Arbeiterbew. . . . . | „ 14.571    | „ 21.107    |

Den Betriebsumfang dieser 22 Genossenschaften lassen folgende Ziffern erkennen. Zusammen hatten sie 1912:

#### Aktiva.

|                                 |           |
|---------------------------------|-----------|
| Kassa- und Bank-Konto . . . . . | f 170.011 |
| Vorrat und Mobiliar . . . . .   | „ 464.415 |
| Immobilienvermögen . . . . .    | „ 911.584 |
| Aussenstände . . . . .          | „ 73.360  |
| Sonstiger Besitz . . . . .      | „ 54.445  |

#### Passiva.

|                             |           |
|-----------------------------|-----------|
| Lieferanten . . . . .       | f 213.616 |
| Darlehn . . . . .           | „ 941.096 |
| Kapital . . . . .           | „ 86.086  |
| Fonds . . . . .             | „ 121.567 |
| Sonstige Schulden . . . . . | „ 117.150 |
| Gewinn . . . . .            | „ 185.371 |

Feste Zuversicht, so hoffen und vertrauen wir, wird aus dem Vorhergehenden die Internationale schöpfen für das weitere Gedeihen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Holland. Die Erfolge der letzten Jahre, wie sie die schlagenden Ziffern dieses Berichts an mehreren Stellen treffend beleuchten, bedeuten gewaltige Fortschritte auf dem Gebiete der proletarischen Machtbildung. Unsererseits gründet sich hierauf das ruhige Vertrauen, dass die holländische Abteilung der Internationalen mit ihren Geschwistern im Auslande in gleicher Linie werde vorrücken können zur Erreichung des grossen gemeinsamen Zieles.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen  
Arbeiterpartei in den Niederlanden:

W. H. VLIEGEN, Vorsitzender.

J. W. MATTHIJSEN, Schriftführer.